

Smart Country Convention

Digitalisierung hoch zwei

[29.10.2021] Am zweiten Kongresstag der Smart Country Convention standen die klugen Städte und Regionen im Mittelpunkt. Nach der Verwaltung geht nun die Digitalisierung in die zweite Potenz.

Es geht um Klimaschutz und Daseinsvorsorge, Wettbewerbsfähigkeit und Partizipation, Lebensqualität und Effizienz. Die Zuschreibungen für das Label Smart City können gar nicht groß genug ausfallen. Die Städte, Gemeinden und Kreise sollen und wollen digital werden beziehungsweise digitale Technologien nutzen, um vorausschauender planen und besser funktionieren zu können und damit attraktiver für ihre Einwohner zu werden. Grundlegende Voraussetzung dafür ist der breitbandige Netzausbau. Dass dieser durchaus noch immer nicht allorten weit fortgeschritten ist, belegt schon die Tatsache, dass Henriette Reker und Thomas Eiskirch, die Oberbürgermeister von Köln und Bochum, den eigenen Netzausbau in ihren Statements so deutlich hervorheben. Köln kann auf eine eigene Netzgesellschaft verweisen, in Bochum sind 90 Prozent Glasfaserleitungen für Bürger und Unternehmen verlegt. Beide Städte rangieren im aktuellen Smart-City-Index des Branchenverbands Bitkom ([wir berichteten](#)) übrigens in der Top 10 – Köln auf Platz 2 und Bochum auf Platz 7.

Zweite wichtige Voraussetzung für smarte Städte ist eine digitale Verwaltung. Insofern macht es Sinn, wenn die Smart Country Convention beides an getrennten Tagen in den Blick nimmt. Wie beim Netzausbau herrschen in Sachen Verwaltungsdigitalisierung große Unterschiede zwischen Städten und kleinen Gemeinden und den Bundesländern vor. Eine vom Onlinezugangsgesetz (OZG) – das nach 2022 in ein Verwaltungszukunftsgesetz überführt werden soll – verbürgte Angleichung der digitalen Verwaltungsleistungen landauf und landab wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Große Vielfalt an Projekten

Derweil gehen die Planungen für das Zusammenspiel von intelligenter Verwaltung und smarterer Stadt eifrig voran – in durchaus unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Während in Hamburg (in Kooperation mit München und Leipzig) an einem so genannten digitalen Zwilling gearbeitet wird, einem 3D-Abbild der Stadt, das für die Modellierung aller möglichen Sektoren wie Wohnraum, Verkehr oder Schulen eingesetzt werden und wichtige Steuerungsergebnisse liefern kann, ist man in der schleswig-holsteinischen Gemeinde Stockelsdorf froh, die rechtlichen Hürden für die Virtualisierung der Ratssitzungen zur Corona-Zeit erfolgreich überwunden zu haben.

Ulm hat eine Stadtbibliothek für digitale Bildung eingerichtet und bietet Co-Learning für seine Bürgerinnen und Bürger an, die sich dort von Robotern und Chatbos beraten lassen können. Zürich experimentiert mit einem Personenbeförderungssystem auf Zuruf in den späten Stunden. Linz will zur klimaneutralen Industriestadt werden und schickt Wasserstoffbusse auf die Straßen. Wadgassen im Saarland hat sich im Zuge der Pandemie von einer reinen Wohngemeinde zu einem Ort entwickelt, wo die Möglichkeiten für mobiles Arbeiten relevant geworden sind. Immer mehr Menschen wollen und können von zu Hause aus oder vor Ort arbeiten. Die Stadtverwaltung trägt dem nun durch einen Co-Living-Space in unmittelbarer Nähe von Schule und Kita Rechnung, wo die Menschen mobil arbeiten können, wenn es die eigenen vier Wände nicht ideal zulassen.

Konkurrierende Wettbewerbe

Auf der Smart Country Convention sind unzählige und sehr unterschiedliche Beispiele für mehr Smartness in Städten präsentiert worden. Angespornt durch zwei konkurrierende Modellprojektförderungen seitens des Bundesinnen- und des Bundeswirtschaftsministeriums ist für die klugen Städte und ihre sicher sehr guten Ideen einiges an Geld vorhanden. Zusätzlich schüttet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft innerhalb seines Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) Gelder für die Stärkung des ländlichen Raums und für gleiche Lebensverhältnisse aus, die ebenfalls für Digitalprojekte verwendet werden können. Das reicht vom Car-Sharing über die Nahversorgung bis hin zu Projekten für das Ehrenamt. In Bremke bei Göttingen ist beispielsweise die „sorgende Dorfgemeinschaft“ ausgerufen worden, andernorts entstehen Marktplätze für Landkreise mit den entwickelten Lösungen, die von anderen Kommunen nachgenutzt werden können.

Nachnutzung organisieren

Apropos Nachnutzung. Vorausgeschickt sei, dass Modellprojekte und Erprobungsräume, Versuche und Irrtümer sicherlich notwendig sind, um die Modernisierung und Digitalisierung in Städten und auf dem Land voranzutreiben. Allzu bekannte Fehler sollten aber doch möglichst nicht wiederholt werden. Hierzu zählt die Heterogenität genannte Vielfalt an Lösungen, die bereits die Verwaltungsdigitalisierung auszeichnet: die vielen Parallelentwicklungen an unterschiedlichen Orten, deren Akteure offenbar nichts voneinander wissen. Beispielsweise ist es völlig unverständlich, wieso etwa in der Stadt Wolfsburg innerhalb einer Open-Smart-City-App ein Parkticket-System samt Payment, Mängelmelder und Ladesäulenfinder selbst entwickelt werden, wenn es dies längst anderswo gibt. Auch Smart-Parking-Lösungen, wie sie etwa in Lemgo durch das Fraunhofer-Institut IOSB vorangetrieben werden, gibt es bereits am Markt. Nichts gegen den Wettbewerb um gute Lösungen. Doch sollte unbedingt vermieden werden – vor allem, wenn es sich um öffentliche Gelder handelt –, dass nun Insellösungen entstehen, die an anderer Stelle mangels Standardisierung gar nicht eingebunden werden können. Die Fördermittelgeber in den Ministerien sollten sich rechtzeitig Gedanken über eine professionelle Nachnutzung von Smart-City-Lösungen machen, so wie es in denselben Häusern derzeit bei den Verwaltungslösungen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip geschieht.

()

Stichwörter: Smart City, Smart Country Convention, Bitkom